



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Weitet sich Affäre um Untersuchungsbericht zu Madri der Attentaten aus?*

Wie die liberale Tageszeitung *El Mundo* jetzt berichtete, stimmt der Untersuchungsbericht zu den Madrider Terroranschlägen vom 11. März 2004 nicht mit den tatsächlichen Ermittlungsergebnissen überein. So fand die Tatsache, dass die Sprengstoffexperten Reste von Nitroglycerin am Tatort fanden, keinen Eingang in den Bericht. Dabei hatte der Chef der Sprengstoffexperten TEDAX, Juan Jesús Sanchez Manzano, während seiner Befragung im Untersuchungsausschuss des spanischen Abgeordnetenhauses selbst den Fund von Nitroglycerin in den zerstörten Zugwagons bestätigt. Stimmen diese Angaben, dann ist der verwendete Sprengstoff jedoch nicht mit demjenigen identisch, der bei den islamistischen Terroristen gefunden wurde. Denn in der Wohnung der Terroristen in Leganés, in einem in der Nähe des Tatorts gefundenen Kleintransporter sowie in einem weiteren nicht explodierten Rucksack stellten die Ermittler Sprengstoff vom Typ Goma 2 ECO fest. Dieser Sprengstoff enthält jedoch kein Nitroglycerin. Damit stellt sich laut *El Mundo* die Frage nach dem tatsächlich verwendeten Sprengstoff neu. Zudem wird die Frage aufge-

worfen, warum diese Untersuchungsergebnisse nicht in den Ermittlungsbericht aufgenommen und dem zuständigen Untersuchungsrichter Juan del Olmo zugeleitet wurden. *El Mundo* stellte weiterhin die Frage, ob die Daten absichtlich weggelassen wurden, um den Richter zu der Schlussfolgerung zu verleiten, der in den Attentaten verwendete und bei den Terroristen gefundene Sprengstoff seien der gleiche gewesen, nämlich Goma 2 ECO. Die konservative Presse und die oppositionelle Volkspartei fordern nun von der Regierung eine schnellstmögliche Aufklärung des Vorgangs. PP-Fraktions Sprecher Eduardo Zaplana (Foto) erinnerte daran, dass die Sprengstofffrage



einer der Eckpunkte des ganzen Ermittlungsprozesses gewesen sei. Sollte sich nun herausstellen, dass es sich entgegen der offiziellen Version nun doch nicht um Goma 2 ECO gehandelt habe, "falle der ganze Untersuchungsbericht zusammen wie ein Kartenhaus", so Zaplana. Die Volkspartei, die bis heute den offiziellen Untersuchungsbericht anzweifelt und die Aufklärung der Anschläge für längst nicht abge-

schlossen hält, hatte am 20. April diesen Jahres im spanischen Abgeordnetenhaus 263 offene Fragen zu den Attentaten gestellt. Zaplana betonte jetzt, dass die Regierung diese Fragen nicht oder falsch beantwortet habe. Zwei Jahre nach den Anschlägen kenne man weder die Hintermänner noch die Zusammensetzung der Bomben, noch wisse man, wer sie zusammengebaut und in den Zügen deponiert habe, kritisierte der PP-Politiker.

Nachdem die spanische Regierung drei Tage lang nicht zu den von *El Mundo* publik gemachten Widersprüchen Stellung genommen



hatte, erklärte jetzt Innenminister Alfredo Pérez-Rubalca (Foto), der Sprengstoffexperte Sánchez Manzano habe sich bei seiner

Aussage im Untersuchungsausschuss geirrt und Nitroglycerin mit Dynamit verwechselt. Es gäbe also keine Widersprüche. *El Mundo* und Volkspartei bezweifeln diese Darstellung und fordern die Veröffentlichung der ersten Analysen der Sprengstoffreste nach den Attentaten. Diese sind ebenfalls nicht im Ermittlungsbericht enthalten und liegen offenbar nicht einmal in schriftlicher Form vor. Auch dies wird von *El Mundo* und PP bezweifelt. Vor dem Hintergrund solcher Ungereimtheiten fordert die Volkspartei das Erscheinen des Innenministers im Parlament, um den Sachverhalt aufzuklären. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Opposition tatsächlich damit durchsetzen kann, die eigentlich abgeschlosse-

nen Ermittlungen wieder aufzurollen. Bestätigen sich dann die Ungereimtheiten und – wie bereits seit einiger Zeit vermutet wird – der Vorwurf, dass der Untersuchungsbericht bewusst politisch verfälscht wurde, dann könnte sich daraus ein Skandal höchsten Ausmaßes entwickeln, der Regierung und Sozialisten in Bedrängnis bringen könnte.

>> Proteste gegen Verhandlungen mit ETA

Anlässlich des 9. Todestages von Miguel Ángel Blanco, Stadtrat der Volkspartei im baskischen Ermua, der vor neun Jahren von ETA-Terroristen nach seiner Entführung brutal ermordet worden war, demonstrierten in zahlreichen spanischen Städten Zehntausende unter dem Motto "Kapitulation, nicht in meinem Namen" gegen Verhandlungen mit der ETA (im Foto ein Demonstrationsteilnehmer, dessen



T-Shirt neben dem Bild des ermordeten PP-Politikers die Aufschrift "Gerechtigkeit = Frieden, Verhandlung – Nein!" trägt.). Die größte Demonstration, die in Madrid am Verfassungsdenkmal stattfand, wurde einmal mehr in erster Linie vom Verband der Terroropfer AVT und der Volkspartei getragen. Weitere Opferverbände und Organisationen schlossen sich dem Aufruf an. Gabriel Moris, Vizepräsident des AVT, der bei den Madrider Terroranschlägen vom 11. März 2004 einen Sohn verloren

hat, warnte die Regierung angesichts des anlaufenden Verhandlungsprozesses mit der ETA, dass jegliches Zugeständnis an die Terroristen einem Verrat an den Toten, allen Spaniern sowie an der spanischen Demokratie gleich komme.



Die baskische PP-Vorsitzende Maria San Gil (Foto) warf der Regierung Zapatero im baskischen Vitoria vor, den "Geist von Ermua" – die Entführung von Miguel Ángel Blanco vor neun Jahren hatte zu einem engen Schulterschluss zwischen Sozialisten und Volkspartei gegen ETA geführt – zu verraten und heute lieber mit Batasuna-Chef Arnaldo Otegi zu paktieren. María San Gil erinnerte daran, dass Otegi damals gegen die Verurteilung der Ermordung von Blanco stimmte und bis heute die ETA-Gewalt nicht verurteilt hat.



Arnaldo Otegi (Foto) selbst machte kürzlich deutlich, dass es Batasuna mit ihrer Legalisierung und einer vorangehenden öffentlichen Verurteilung der Gewalt nicht eilig habe. Dies sei keine prioritäre Debatte, erklärte Otegi. Darüber hinaus bezog der Batasuna-Chef Stellung zu Berichten der baskischen Zeitung *Gara*, die von geheimen Vorabsprachen und Zugeständnissen zwischen Regierung und ETA noch vor Erklärung des Waffenstillstands im März sprachen. Ihm seien solche Absprachen

zwischen Regierung und ETA nicht bekannt; Batasuna werfe der Regierung nicht vor, konkrete Absprachen zu verletzen, sondern der politischen Logik zuwiderzuhandeln, erklärte Otegi in Anspielung auf fortgesetzte Festnahmen und Strafanzeigen gegen Batasuna-Mitglieder. Auch Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero selbst hat inzwischen zu den Berichten von *Gara* Stellung genommen und jegliche geheime Absprachen mit der ETA dementiert. Allerdings gab er diese Erklärungen nicht, wie von der Volkspartei gefordert, im spanischen Parlament ab, sondern im Rahmen eines Radiointerviews. Während die PP weiterhin auf ein Erscheinen des Regierungschefs im Parlament beharrt, um die Transparenz der Verhandlungen zu gewährleisten, forderten die anderen Fraktionen "Ruhe und Diskretion".

>> „Maragalleske“: Wahlen in Katalonien zu Allerheiligen



Der scheidende sozialistische Regionalpräsident Kataloniens, Pasqual Maragall (Foto), gab in der letzten Sitzung des Regionalparlaments vor der Sommerpause seine Entscheidung bekannt, die Regionalwahlen für Mittwoch, den 1. November, am Allerheiligen-Feiertag anzusetzen. Die vorgezogenen Wahlen waren nötig geworden, nachdem die von Maragall geführte

Dreierkoalition aus Sozialisten (PSC), Linksnationalisten (ERC) sowie Grünen und Linken (ICV) im Streit um die Reform des katalanischen Autonomiestatuts auseinander gebrochen war. Ursprünglich waren alle Parteien vom 22. Oktober als Wahltermin ausgegangen. Die ungewöhnliche Entscheidung, die Wahlen am Allerheiligen und nicht – wie eigentlich üblich – an einem Sonntag stattfinden zu lassen, begründete Maragall damit, dass die Endphase des Wahlkampfes dann nicht durch den spanischen Nationalfeiertag (Dia de Hispanidad) am 12. Oktober unterbrochen werde, den viele Wählerinnen und Wähler als Brückentag nutzen. Deshalb solle die Endphase des Wahlkampfes erst am 15. Oktober eingeläutet werden.



Bei den anderen Parteien rief die Entscheidung Unverständnis hervor. So äußerte der Vorsitzende der katalanischen PP, Josep Piqué (Foto), der Allerheiligen-Feiertag sei ein passendes Ende für drei schlimme Jahre der Regierung Maragall. Auch in den eigenen Reihen wurde die Entscheidung Maragalls kritisiert, da sie zuvor nicht mit den Parteispitzen abgestimmt worden war.

>> **Illegale Einwanderung - Zapatero zu Besuch auf den Kanaren**

Gemeinsam mit Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera, in dessen

Ministerium das Thema Einwanderung angesiedelt ist, besuchte Regierungschef Zapatero in der vergangenen Woche die Kanarischen Inseln, um sich persönlich ein Bild von der Situation der illegalen Einwanderer vor Ort zu machen. Zapatero besuchte u.a.



zwei Auffanglager und diskutierte mit dem kanarischen Regionalpräsidenten Adán Martín (Foto) (Coalición Canaria), der mehr Unterstützung von der Zentralregierung erbat und beklagte, die Kanaren würden mit dem Problem der Bootsflüchtlinge allein gelassen. Seit Anfang des Jahres sind rund 11.000 illegale Einwanderer aus Westafrika per Boot auf die Inseln gelangt.

Während seines Besuchs zeigte sich Zapatero von der guten Organisation der Auffanglager beeindruckt und sagte weitere Unterstützung zu. Noch in diesem Monat soll ein Sicherheitsplan für die Kanaren verabschiedet werden, der umfangreiche Maßnahmen- und Hilfspakete für die Inseln beinhaltet. In diesem Zusammenhang erklärte Zapatero, seine Regierung werde weder mit materieller, noch personeller, noch politischer Unterstützung geizen.

Anfang letzter Woche fand im marokkanischen Rabat zudem eine zweitägige Konferenz zum Thema der illegalen Einwanderung statt, an der erstmals rund 50 europäische und afrikanische Länder



zusammen mögliche Lösungswege diskutierten. Dabei wurden rund 60 Maßnahmen beschlossen, darunter auch die Erhöhung der europäischen Hilfe, um die Armut in Afrika



zu bekämpfen. Diese gilt als Hauptursache des Stroms von illegalen Einwanderern nach Europa. Im Rahmen des Treffens in Rabat erwähnte Jesús Caldera (Foto), die Möglichkeit, illegale Einwanderer, die nicht in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden können, mit zeitlich befristeten Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen auszustatten. Bisher müssen die aufgegriffenen Illegalen, sofern eine Ausweisung nicht möglich ist, nach einer Frist von 40 Tagen auf freien Fuß gesetzt werden. Ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung werden diese dann zumeist in nächtlichen Flügen auf das spanische Festland gebracht und über das Land verteilt – im Gepäck eine Ausweisungsanordnung, die nicht vollstreckt werden kann. Schon seit längerem wird nach einer Lösung für diese unbefriedigende Situation gesucht. Die jetzt von Caldera ins Spiel gebrachte Möglichkeit der Verteilung befristeter Aufenthaltsgenehmigungen wird von Kritikern abgelehnt, da dies als Signal bzw. Einladung, nach Spanien zu kommen, gedeutet werden könnte. Schon bei der Legalisierungsaktion von rund 700.000 Illegalen vor einem Jahr hatte die Opposition vor einem solchen "Ruf-Effekt" gewarnt.

>> **Endesa-Übernahme: PP kritisiert Industriemi- nister Montilla scharf**

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Volkspartei, Miguel Arias Cañete (Foto), hat Industrieminister Jo-



sé Montilla jetzt aufgefordert, unverzüglich im Parlament Stellung zur Frage der Übernahme des spanischen Energieversorgers Endesa zu nehmen. Hintergrund ist eine inoffizielle Reise Montillas am vergangenen Mittwoch nach Brüssel, wo er hinter verschlossenen Türen mit EU-Binnenmarktskommissar Charlie McCreevy und Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes über die Übernahmeschlacht zwischen der deutschen E.ON und dem katalanischen Energieriesen Gas Natural um Endesa diskutiert haben soll. Montilla wurde dabei vom Wirtschaftsstaatssekretär David Vegara und Miguel Sebastián, Zapateros engstem Berater für Wirtschaftsfragen, begleitet. Das Treffen war auf der offiziellen Agenda der Kommission nicht vermerkt, was für einen Ministerbesuch durchaus ungewöhnlich ist; auch eine Pressekonferenz gab es nicht. Laut *Europa Press* soll von der spanischen Delegation insbesondere das E.ON-Angebot angesprochen worden sein.

Arias Cañete fragte in diesem Zusammenhang, wie es denn möglich sei, dass Montilla die EU-Kommission über Entscheidungen der Nationalen Energiekommission

(CNE) informiere, noch bevor sich diese zur Entscheidungsfindung zusammengesetzt habe. Die dem Industrieminister unterstehende Kommission will in zwei Wochen ihr Gutachten zum Übernahmeangebot der E.ON abgeben. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die spanische Regierung das deutlich niedrig liegende Angebot von Gas Natural favorisiert, um den nach der Fusion entstehenden Energieriesen in spanischer Hand zu behalten. Pikant ist, dass der Hauptaktionär von Gas



Natural die katalanische Großbank Caixa ist, die wiederum den katalanischen Sozialisten (PSC) einen Millio-nenkredit erlassen hatte. Montilla, der gleichzeitig Generalsekretär der PSC und ihr Spitzenkandidat bei den Regionalwahlen am 1. November ist, hat nun als amtierender Industrieminister maßgeblichen Einfluss darauf, ob Endesa letzten Endes an Gas Natural oder E.ON geht. Die Volkspartei hatte diese Interessensverflechtungen schon mehrfach angeprangert und den Rücktritt Montillas gefordert. Angesichts des jüngsten Geheimtreffens in Brüssel vermutet die PP, dass es Montilla und seinen Begleitern darum ging, die Kommission vom Regierungsstandpunkt zu überzeugen und von einem Einschreiten abzuhalten, sollte die Energiekommission in zwei Wochen das Angebot der E.ON negativ beurteilen und damit den Weg für Gas Natural frei machen. Arias Cañete erklärte dazu, die Verhaltensweise

des Industrieministers belege den "unverschämten und parteiischen Interventionismus", den die Regierung in dieser Angelegenheit an den Tag lege.

Wie der Übernahmekampf letztlich ausgehen wird, ist nach wie vor nicht absehbar. Denn die EU-Wettbewerbskommissarin hat nochmals deutlich gemacht, dass die EU das Angebot der E.ON bereits autorisiert hat, da eine mögliche Übernahme von Endesa durch E.ON keine negativen Auswirkungen auf den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt habe. Die Möglichkeiten der nationalen Energiekommission, das E.ON-Angebot abzulehnen, sind somit minimal. Nichtsdestotrotz ist davon auszugehen, dass die spanische Regierung alle Wege ausschöpfen wird, die Offerte von E.ON zu blockieren und die Fusion von Endesa und Gas Natural voranzutreiben.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid
Inhaltlich Verantwortlich:
Michael Däumer
Zusammengestellt:
Stefan Reith
Design: Normann Kreuter
Postanschrift:
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: kasmad@gmx.net
Web: www.kas.de/espana